

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 15.—Mk. Durch Verkäufer 115.—Mk. pro Woche. Durch die Post 30.—Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages von 485.—Mk. an die Produktivgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfach-Los Nr. 310 59. — Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 3887.

Montag, 18. Dezember 1922

Anzeigenpreise: Die 3 gespaltenen Millimeterzelle oder deren Raum 10.—Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2,50 Mk. Kleine Anzeigen per Wort 1,50 Mark. — Met Lane: Die Millimeterzelle 3 gespalten oder deren Raum im Text 30.—Mk.

Kampf gegen Krieg ist Kampf für die soziale Revolution!

Rede des Genossen Radek auf der Haager Konferenz.

Dieser Weltfriedenskongreß wurde einberufen, um über die Mittel zu beraten, wie die Resolution von Rom des IGB. ausgeführt werden soll. Obwohl wir an diesem Kongreß nicht beteiligt waren, nehmen wir gerne diese Resolution als Ausgangspunkt.

Erlauben Sie mir auf diese Resolution näher einzugehen.

Generallstreik gegen den Krieg.

Der Hauptpunkt der Resolution besteht in dem Passus:

„Der Int. Kongreß erklärt, daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamation und Durchführung eines internationalen Generallstreiks zu verhindern.“

Was bedeutet die Androhung des internationalen Generallstreiks im Falle des Krieges? Die Ablehnung jedes Krieges, den die kapitalistischen Staaten führen: ob sie diese Kriege als Verteidigung garnieren, oder ob sie ihn offen als imperialistischen Raubkrieg führen. Die Verpflichtung auf den internationalen Generallstreik gegen den Krieg bedeutet die

Ablehnung der Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes.

Unter der Losung der Verteidigung des Vaterlandes blutete das Proletariat vier Jahre lang für die Interessen der Bourgeoisie unter der Leitung der Mehrheit vor Ihnen. Wenn Sie jetzt einsehen, daß das ein Fehler war, so haben Sie den Mut, es offen klar zu sagen. Wir fordern es nicht, um die Freude zu haben, Wels und Grafmann, Henderson und Thomas, Renaudel und Jouhaux nach Canossa wandern zu sehen, sondern weil eine Massenpolitik eine klare Politik sein muß. Wenn die Drohung mit dem internationalen Generallstreik keine hohle Drohung sein soll, dann gilt es, tagtäglich den Arbeitern der kapitalistischen Welt zu sagen:

Ihr Proletariat der kapitalistischen Länder, Ihr habt kein Vaterland

zu verteidigen, Ihr habt erst das Land Eurer Väter zu erobern.

Die Vorbereitung des Kampfes gegen den Krieg.

Was ein Krieg ist, haben Sie, meine Herren, gesehen, manche von Euch vielleicht gefühlt. Ich hoffe, daß keiner von Euch auf Grund dieser Erfahrungen annimmt, daß, falls der Krieg auszubrechen droht, die kapitalistischen Regierungen Euch die Freiheit der Aktion gewähren werden. Die Bourgeoisie wird ausgerüstet auftreten bis an die Zähne. Soll das Proletariat ihr wehrlos entgegen treten? Es muß gerüstet sein. Es muß zuerst politisch gerüstet sein durch das Bewußtsein seiner Aufgaben, seiner politischen Rolle. Kann es so gerüstet dastehen beim Ausbruch der Kriegsgefahr, wenn keine Massenpartei jahrelang es enternot durch eine Politik der Koalition mit der Bourgeoisie?

Wenn alles, was Ihr gegen den Krieg sagt, nicht nur Phrase bleiben soll, so muß die erste Bedingung der Bruch der Koalition mit der Bourgeoisie sein!

Das so von der lähmenden Koalition mit der Bourgeoisie befreite Proletariat muß sich von ihrem politischen und geistigen Einfluß befreien. Es muß lernen, alle Lügen und Schläge der Bourgeoisie zu verstehen. Helft Ihr dazu dem Proletariat? Ich habe hier die Resolution zum Referat von Henderson vor mir. In ihr wird nicht einmal die Aufhebung des Versailler Friedensvertrages gefordert! Vier Jahre nach dem Ende des Krieges, nachdem jeder Liberale die Unhaltbarkeit des Versailler Friedens versteht, fordert Eure Resolution die Revision einzelner Punkte des Versailler Friedens, ohne sogar zu sagen, um welche es sich handelt. Glaubt Ihr, daß eine

solche Agitation die französischen und englischen Arbeiter zur opferreichen Aktion gegen die Besetzung des Ruhrgebiets bringen wird? Warum nehmt Ihr nicht Stellung dagegen, daß jetzt in Lausanne ein neuer Versailler Frieden gegen das türkische Volk vorbereitet wird? Glaubt Ihr, daß kein Krieg um das Mosulpetroleum möglich ist, oder daß er das Proletariat nichts angehen würde?

Aber geistige Vorbereitung des Proletariats, ja, sogar seine Protestaktionen gegen die Kriegsgefahr genügt nicht.

Die Bourgeoisie beugt sich nicht vor Argumenten.

Wenn alle eure Drohungen nicht Drohungen mit einem Schwert aus Papier sein sollen, dann sind Maßnahmen nötig, daß ein Teil wenigstens von denen, die Waffen tragen, mit uns gehen. Kömt Ihr das alles tun, ohne die entsprechenden Einrichtungen zu haben? Nein!

Massenstreiks und der Krieg!

Ihr habt gelassen das große Wort vom internationalen Streik gegen den Krieg gesprochen.

Wir sind der Meinung, daß, wenn die Arbeiterklasse nicht aufsteht, bevor die Kanonen aufahren, sie desto weniger aufstehen wird, wenn das Kriegsgeheul über sie verhängt wird, alle Teufel des Nationalismus losgelassen werden, sie an Händen und Füßen gebändigt wird.

Wir Kommunisten, die die Arbeiterklasse heute und morgen für den revolutionären Kampf gegen die Kriegsgefahr vorbereiten wollen, wir verpflichten uns nicht, den Massenstreik beim Kriegsausbruch zu organisieren.

Massenstreik gegen den Krieg ist soziale Revolution, und das Datum der sozialen Revolution kann man nicht von vornherein bestimmen.

Wenn Ihr sie machen könnt, wir werden nicht wegbleiben, obwohl wir keine Helden auf Termise sind. Eins können wir Euch aber sagen: Wenn dank Eurer Politik der Koalition mit der Bourgeoisie, der pazifistischen Illusionen, die Arbeitermassen, in denen wir noch die Widerheit sind, von dem Weltkapital von neuem auf die Schlachtfelder gejagt werden, so werden wir, die Kommunisten, nicht desertieren, den Dienst nicht verweigern, sondern in den Krieg gehen, die Waffen nehmen, um in die Arme den Geist der Revolution zu tragen und die Waffen gegen die Bourgeoisie zu wenden.

Jetzt aber zum Schluß noch ein Wort über die Probe aufs Exempel.

Wenn Ihr hier eine Woche lang Dolche spricht und dann nach Hause geht, um sich zu heroischen Taten gegen den Krieg zu unbestimmtem Termin vorzubereiten, so wird die Bourgeoisie lachen, und das mit Recht. Zeigt Ihr den Willen zum Kampfe jetzt, wo sie sich vorbereitet, das deutsche Volk zu erdrücken durch neue Reparationsdikate, wo sie daran sind, einen neuen Krieg im Nahen Osten vorzubereiten. Als den Beweis des Willens zum Kampfe schlagen wir Euch vor:

1. eine internationale Woche der Agitation gegen den Imperialismus sofort zu organisieren und
 2. sie zu beenden durch den eintägigen Proteststreik gegen die Friedensverträge von Versailles usw.
- So oft wir unsere Vorschläge machen, sagt Ihr immer das geschieht im Interesse der russischen Außenpolitik. Ich kann Ihnen jetzt sagen:

Wir Russen fürchten jetzt nicht den Angriff der Entente, sie kann es nicht wagen. Wir schlagen Euch nicht vor: Unterstützt Sowjet-Rußland. Wir sagen: macht nicht unmöglich die Einigung des Proletariats zum Kampfe gegen die Folgen des Krieges, die das westeuropäische Proletariat zum Kampfe gegen die Folgen des Krieges, die das westeuropäische Proletariat zermalmen werden. Wir reichen Euch die Hand zur gemeinsamen Aktion. Weist Ihr sie ab, im Moment, wo Ihr Euch mit den bürgerlichen Pazifisten blockiert, so wird das Proletariat erkennen, daß Ihr keinen Kampf wollt!

Die deutsch-völkische Mordjustiz.

Zum Urteil im Hardenprozeß.

Die beiden Angeklagten wurden nur wegen „Beihilfe zur Körperverletzung“ verurteilt. Weichardt erhielt 2 Jahre 3 Monate Gefängnis, Trent 4 Jahre 3 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von je zwei Monaten Untersuchungshaft.

Das überaus milde Urteil im Prozeß gegen die Harden-Attentäter konnte niemanden mehr überraschen. Nicht nur nach der ganzen Art der Prozeßführung und der Zusammensetzung der Geschworenenbank war dieses Resultat vorauszusehen. Obwohl offenkundig Anstiftung und Beihilfe zum Mordversuch vorlag, und das ganze bestellte Attentat nach dem Grundsatz „Erst Ware, dann Geld“ unternommen war, also ein ganz brutales Geldgeschäft gedungener Mordbuben, kamen diese doch mit verhältnismäßig kurzzeitigen Gefängnisstrafen davon, weil lediglich Beihilfe zur Körperverletzung und für den Angeklagten Weichardt jokat mildernde Umstände angenommen wurden.

Wenn man von einem Fehlspruch der Geschworenen spricht, so trifft dies auf diesen Prozeß zu. Waren sich die Geschworenen der Bedeutung des Mordanschlages und ihres Urteilspruches darüber durchaus bewußt. Es ist auch nicht anzunehmen, daß sie den klöbigen Lügen der Angeklagten Glauben geschenkt haben. Diese Lügen und Ausreden kehrten in genau derselben methodischen Form wieder, wie ein den früheren deutschvölkischen Attentatsprozessen, von denen nach der herrschenden Praxis der Fall Harden nicht der Letzte gewesen sein wird. Es hat sich bei diesen Prozessen sowohl bei den Angeklagten als auch bei dem Gerichtshof schon eine regelrechte Schablone herausgebildet. Das Gericht markiert politische Uninteressiertheit und vermeidet es, die Hintergründe aufzuhellen und die verhängenen Fäden der Tat zu entwirren. Es kommt den Angeklagten mit übermäßiger Höflichkeit entgegen, die beinahe an Sympathie zu grenzen scheint. Die Angeklagten suchen die Schuld auf abwesende und unbekannte Hintermänner abzuschieben und sich als die bloßen Verführten hinzustellen. Ein restloses Bekennen und Sichens zu einer Tat war auch bei dem Anstifter Grenz, trotz seiner markierten Zugeständnisse, nicht zu erkennen. Wenn dieser Oldenburger Buchhändler zum Schluß erklärte, hinter ihm und seiner Tat stünden 50 Prozent der Bevölkerung, so ist das natürlich eine unerschämte Verdrehung, wenn man die Gesamtbevölkerung in Deutschland in Betracht zieht. Da dieses deutschvölkische Mordgesindel bei „Deutschland“ nur unter Ausschluß des Proletariats zu denken pflegt, so mag ihre Behauptung inbezug auf die Klein- und großbürgerlichen Kreise und das höhere Beamtentum in gewissem Umfange zutreffen. Die „Wahrprüche“ der beruflichen Klassenjustiz wie auch der unter Ausschluß der Arbeiterklasse gesiechten Geschworenen, zeigt ja immer aufs neue, mit welchen weitgehenden Rücksichten sie die deutschvölkische Mordpraxis ihrer Klassenangehörigen zu bewerten wissen.

Diese germanischen „frohen Latmenschen“ ähneln sich bei Begehung der Tat und auf der Anklagebank wie ein Ei dem andern. Nur das bisweilen besonders dumme und bössartige Züge auffallen. So war ja auch das Hardenattentat ein besonders viehischer Rohheitsakt, wobei man eigentlich das Vieh beleidigt, das ja in seinen natürlichen Instinkten die menschliche Rohheit, wie sie sich in solchen Fällen äußert, keineswegs zu erreichen pflegt. Diese Sorte von Menschen arbeitet mit Knüppeln und Handgranaten und läßt sich für Geld für alle noch so klügeligen Taten nach Art der mittelalterlichen Bravos mieten. Die Leute, die Harden töten sollten, preßten rein geschäftsmäßigem Ton ihre Ausratgeber bis zum letzten Pfennig aus und verpackten und verbubelten ihr Geld in Nachkolonialen mit Barbaren, die sie dann auch noch anpumpten, und dann weiter ihren Weg nach Bayern und Ungarn, von wo ihnen ja Staatsstellungen versprochen worden waren, zogen. Dem flüchtigen Leutnant Unterkmann ist es ja auch geglückt und er wird wohl mit den

Schulz und Tillesen den Erzberger-Mördern, sowie den noch auf freiem Fuße befindlichen Rathenau-Mordkomplizen, wie dem Leutnant Günther Brandt usw., heute in gut finanzierten Stellungen seinem gegenrevolutionären Gewerbe nachgehen.

Diese Leute werden von dem Gericht mit äußerster Schonung behandelt. Während Harden scheinbar angefaßt wurde und nur mit Mühe seine Anklage vorbringen konnte und daran erinnern mußte, daß man doch als Jude nicht die Verpflichtung habe, sich stumm tödlichen zu lassen, wurde von den Verteidigern allerhand zu Gunsten der Angeklagten vorgebracht. Diese Geschworenen gaben vielleicht noch etwas auf solche Argumente, daß ein Angeklagter, dessen Vater Hauptmann, ein Bruder Oberleutnant, ein anderer Primaner sei, kein Mörder sein könne. Ja, ist denn der Haupttäter Aldermann nicht selbst ein Oberleutnant (wenn auch daneben ein gemeiner Betrüger)? Waren nicht die meisten dieser Angeklagten Offiziere? Hat nicht der Primaner Stubenrauch als erster einen Mordplan gegen Rathenau ausgeheckt? War sein Vater nicht preußischer General? Und seine deutschnationalen Erzieher akademische Oberlehrer und Professoren? Aber obwohl der Angeklagte Grenz ähnlich wie der von den Offenburger Geschworenen freigesprochene Kapitänleutnant Hillinger und der überall die Hand im Spiele habende Tillesen zu den betriebfamsten Justizlern gehörte, rief er den Geschworenen zu: sie würden wissen, was sie dem deutschen Volke schuldig sind. Und diese Geschworenen haben es gewußt und sprachen ein so mildes Urteil, daß nach Hardens Wort in seiner mannhaften Verteidigungsrede aufs neue der Eindruck gewacht werden muß: Deutschland geht zu Grunde durch seine Solidarifizierung mit den Mördern. Fast sah es so aus, als ob Harden als Angeklagter vor Gericht stünde und die durch ihre Entwürzelung und Verwilderung geldgierigen Angeklagten als Exponenten der hinter ihnen stehenden Kreise mit dem blöden und kalten Vächeln gefühloser Agenten die geschäftsführenden Ankläger wären. Der Vorsitzende dieses Schwurgerichts, der Berliner Landgerichtsdirektor Kippner, übertrug die den vorliegenden Problemen völlig unangemessene Verhandlungsweise des Staatsgerichtshofes noch bei weitem an Unzulänglichkeit, die aber nicht ohne Abtrotz aus dem politischen Mord einen gewöhnlichen Kriminalfall machte. Die Verteidigung nannte ja auch den Totschläger, mit dem Hardens Schädel lebensgefährlich zertrümmert worden war, ein Spielzeug ähnliches Ding, wie man ja auf deutschnationaler Seite das Attentat auf

Scheidemann einen Anschlag mit der „Kistierspritze“ und die tödliche Blausäure als Himbeerlimonade bezeichnet hatte. Während aber Scheidemann vor Gericht sich in der Glorie des Kaisersozialisten und Revolutionsfeindes und keineswegs als Umstürzler zeigte, war es für die Hardenattentäter vor Gericht geradezu die Erwählung mildernder Umstände, daß Harden seine Meinung über seine Gegner offen zum Ausdruck brachte und der herrschenden Gewalt die Wahrheit ungehört ins Gesicht rief. Vielleicht wußten die Geschworenen auch, daß Harden sogar in den kritischen Zeiten für Max Högl ein offenes Wort gewagt hatte. Es mag sein, daß wir innerhalb der deutschvölkischen Entwicklung dazu kommen, daß nicht nur heimliche, sondern öffentliche Prämien auf die Erledigung, d. h. Abschichtung solcher Elemente ausgelegt werden. Man hatte ja auch schon auf Karl Liebknecht und auf Nabel Kopfschmerzen ausgelegt und die große Geschicklichkeit, mit der der Angeklagte Grenz den Fehlmessern der Hofentwässer auf die Gerichtstafel zeichnete, läßt ja auf allerhand weitere Möglichkeiten schließen. Obwohl der Mordanführer Grenz Geschäftsführer des Deutschvölkischen Schutzbundes in Oldenburg ist, hat man es nicht für nötig gefunden, seine Geschäftsbücher dieser und anderer verwandter Organisationen, denen er vorstand, beschlagnahmend zu prüfen. Ebenso wenig hat das Gericht seine angebliche Vergnügungsreise nach München, wo er sich von seinen Komplizen diese Gelder beschaffte, in ihren Spuren verfolgt. Ausdrücke wie „nationale Sache, Gefangenenerfreitung, Waffenschlebung u. s. w.“ ließ es sich als schamlose Ueberbleibsel der Leipziger Staatsgerichtsprozesse ohne Abwehr und ernstliche Widerlegung wieder vorsehen. Es würde auch nicht der leiseste Versuch der Aufhellung reaktionärer Mordzusammenhänge gemacht. Der Angeklagte Weichardt erhielt sogar seine mildernden Umstände, trotzdem er sich die Bewährungsfrist, die er ohne Abstrichung seiner Strafe für die fahrlässige Tötung eines Knaben kurz zuvor erhalten hatte, dadurch vertrieben, daß er gegen gute Bezahlung sich für die Ermordung eines Menschen dinge und von der „Firma im Süden“ nach dem „jeweiligen Stand unserer Valuta mit Dividen“ bezahlen ließ.

Die Angeklagten haben ihr Geschäft verrichtet. Die Gefängnisstrafe wird von ihnen als ein kleiner Betriebsunfall verbucht werden. Das Geschäft geht weiter. Die Klassenjustiz sieht mit verjähren Armen zu, wie die Republik ermordet wird.

Sitzung des Zentralausschusses.

Am 13. und 14. Dezember tagte der Zentralausschuß der KPD, um den Bericht der deutschen Delegation zum 4. Weltkongreß entgegenzunehmen. Über den Kongreß der Kommunistischen Internationale referierte der Genosse E. Halbeimer, über den Kongreß der KPD. Genosse Hedert, Genosse Brandler sprach über die Aufgaben der Partei. Nach lebhafter Debatte billigte der Zentralausschuß die Beschlüsse des Weltkongresses in folgender

Resolution zum 4. Weltkongreß:

1. Der Zentralausschuß spricht seine vollständige Zustimmung zu den Beschlüssen des Kongresses aus. Die Zusammenarbeit des 4. Kongresses bestand in der genaueren Ausarbeitung und Anwendung der Beschlüsse des 3. Weltkongresses. Die Hauptaufgabe, die der 4. Kommunistische Kongreß den kommunistischen Parteien stellt, ist die

Organisation der geschlossenen proletarischen Abwehr gegen die Offensive des Kapitals

und die Gewinnung der Sympathien der Mehrheit der Arbeiterklasse für die Ziele und Grundzüge des Kommunismus auf diesem Wege (Zusatz der Einheitsfront). Im Zusammenhang mit der Taktik der Einheitsfront steht die Frage der Arbeiterregierung. Die Kommunisten sind bereit, an einer Arbeiterregierung teilzunehmen unter der Voraussetzung, daß sie gestützt auf die Klassenorgane des Proletariats und auf die befristete Arbeitermacht den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnimmt. Die Kommunisten sind überzeugt, daß eine solche Arbeiterregierung, möge ihre Entstehung und ihr Ausgangspunkt sein, welche sie wollen, zu diktorischen Maßnahmen gezwungen sein wird, und sie sind entschlossen, von der Arbeiterregierung aus alle notwendigen Schritte zu tun, die zur proletarischen Diktatur führen.

2. Der Zentralausschuß unterstreicht angesichts der mit der Taktik der Einheitsfront verbundenen Gefahren die notwendigen Voraussetzungen der Anwendung der Taktik der Einheitsfront und der Lösung der Arbeiterregierung: die Bewahrung des klaren kommunistischen Gesichtspunktes der vollständigen organisatorischen Selbständigkeit der Partei und der strengsten Kampfdisziplin.

3. Der Zentralausschuß stimmt vollständig dem vom Kongreß getroffenen Beschluß der französischen Partei für die Teilnahme an der Einheitsfront mit einem Mindestmaß organisatorischer Einheiten zu überwinden. Der Zentralausschuß erwartet von der französischen Bruderpartei, daß die von der französischen Delegation übernommenen Verpflichtungen von allen Seiten reich und loyal durchgeführt werden und daß auf diese Weise die Aktionskraft der Partei auf eine neue Grundlage gestellt wird.

4. Der Zentralausschuß stimmt der baldigen

Verflechtung der italienischen kommunistischen Partei mit der Mehrheit der sozialistischen Partei Italiens zu.

Er ist gemäß den von der deutschen Sektion gemachten Erfahrungen überzeugt, daß die Schwierigkeiten bei dieser Verflechtung rasch überwunden werden können. Der Zentralausschuß stimmt der Lösung der schwebenden und notwendigen Fragen vollständig zu.

5. Der Zentralausschuß stimmt dem in der Programmfrage gefaßten Beschluß zu und erwartet nunmehr eine rege internationale Diskussion der wichtigsten programmatischen Fragen.

6. Der Zentralausschuß stellt mit großer Befriedigung die günstigen Wirkungen der neuen ökonomischen Politik auf die wirtschaftliche Entwicklung Sowjetlands und die politische Befestigung der Sowjetmacht fest, die ihre Richtigkeit praktisch bestätigen. Die allgemeine Bedeutung dieser Politik für die revolutionäre Strategie und den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus verdient die besondere Aufmerksamkeit aller Kommunisten.

7. Der Zentralausschuß weist im Zusammenhang mit der Behandlung der Agrarfrage auf dem 4. Kongreß die Organisation auf die Notwendigkeit verstärkter Arbeit unter dem proletarischen, halbproletarischen und mittelbäuerlichen Schichten auf dem Lande hin.

8. Die Beschlüsse des Kongresses in der Frage der Organisation der Arbeit der kommunistischen Internationale bedeuten einen Schritt vorwärts. Der Zentralausschuß erwartet, daß der 5. Weltkongreß den Ausbau der kommunistischen Internationale zu einer einheitlich organisierten und geleiteten Weltpartei fortsetzt.

Aus dem Reichstag.

Sitzung vom 15. Dezember 1922.

Nach Beantwortung einiger Anfragen wurden einige Änderungen zu Gesetzen beschlossen, die größtenteils eine Annäherung der Bestimmungen an den geforderten Markwert darstellen. So z. B. gleich in allen drei Lesungen die Novelle zum Kraftfahrzeugegesetz, die die Haftsumme bei Autounfällen erhöht. Die Vorlage über die Beschäftigung Schwerkrankenbeschädigter wurde in 2. und 3. Lesung angenommen. Danach soll bei Entlassung infolge längerer Krankheit, die durch Kriegbeschädigung verursacht ist, die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle obligatorisch sein.

Bei der 2. Beratung des 7. Nachtragsetats, führt zum Titel „Auswärtiges Amt“ Genosse Frölich aus, daß die Außenpolitik der neuen Regierung nur negative Resultate erzielt habe. Sie ist lediglich nach kapitalistischem Interesse orientiert und die Schwerindustrie gebietet über die Politik. Der Reichskanzler Cuno hat sich glatt unterworfen. Der Einmarsch ist maßgebend und seinen privatkapitalistischen Interessen ist schon unter der Regierung Wirth der Weg bereitet worden. — England opfert immer die Interessen Deutschlands, um mit Frankreich zusammenzugehen zu können. Die deutsche Politik geht einen verhängnisvollen Weg. Die deutsche Note ist großkapitalistisch inspiriert. Das Reich hat sich wieder einmal Bayern unterworfen. Die Heilmittel in der Entwaffnungsnote, daß man über die Gefahren des Winters nur mit einer starken Polizei hinwegkommen könne, zeigt den blutdürstigen Charakter der Regierung gegenüber der Arbeiterklasse. Im Haag der Internationale Weltfriedenskongreß, — hier in Deutschland die nationale Einheitsfront mit der Totschlägerpolitik. Die deutschen Interessen sollen den großkapitalistischen französischen Interessen unterworfen werden und hierüber strebt der deutsche Sozialdemokrat dem unter Berrat der deutschen Arbeiterinteressen, in die große Koalition mit Herrn Stinnes hineinzutreten. — Die Sozialdemokraten verhindern auch die Verständigung mit der Sowjetregierung, aber die deutschen Arbeiter werden das Bündnis mit Sowjetrußland herbeiführen und der verbrocheneren deutschen Außenpolitik aus eigener Kraft ein Ende machen.

Nach einer sich anschließenden Auseinandersetzung mit dem Abg. Reichardt wird der Nachtragsetat für das Auswärtige Amt bewilligt. Ferner auch der Nachtragsetat für das Reichsfinanzministerium.

Nach Bewilligung des Haushalts des Reichstags wird die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen. In der neuen Sitzung wird dann das Gesetz betreffend die Reichshandhabung angenommen. — Bei der dann folgenden Beratung zur Zwangsrente, wonach die erste Freigrenze von

Der Achtstundentag in Gefahr!

Beratung der Arbeitszeitgesetze im Reichswirtschaftsrat.

Der Reichswirtschaftsrat lebte am 15. Dezember die

deren Schutzbestimmungen fallen, nur auf junge Proletarier unter 16 Jahren beschränkt.

Der Achtstundentag bzw. das Arbeitszeitgesetz findet auch auf die Landwirtschaft keine Anwendung.

„Arbeitsbereitschaft“ gilt nicht als Arbeitszeit im Sinne des Gesetzes.

Lehrlinge können zu Anräumarbeiten täglich eine Stunde länger beschäftigt werden.

Die jugendlichen Arbeiter dürfen mit Arbeits- und Unterrichtszeit in Fortbildungsschulen bis zu 54 Stunden belastet werden.

Die Arbeitszeitgesetze werden also nach den bisherigen Beschlüssen vom Reichswirtschaftsrat eine durch und durch reaktionäre Fassung erhalten. Wie wir schon immer betont haben, soll der gesetzliche Achtstundentag glatt aufgehoben werden. Die Beratungen gehen weiter. Wir stellen fest, daß die Vertreter der Freien Gewerkschaften feierlich in einer Versammlung weiterberaten, die derartige, alle Errungenschaften der Arbeiterklasse zerstörende Beschlüsse faßt, anstatt daß sie demonstrativ der Bourgeoisie den Kampf anjagen und die Massen zum Abwehrkampf mobilisieren.

Der Achtstundentag ist in Gefahr!

Vor einem neuen Eisenbahnerstreik.

Es hat den Anschein, daß die Regierung Cuno die Eisenbahner um jeden Preis zum Streik treiben will. Alle Hinweise auf die wachsende Erregung der Eisenbahner bleiben fruchtlos, die Regierung beharrt auf ihrem völlig unmöglichen Zugeständnis.

Die gesamte Arbeiterklasse muß darum erneut auf den furchtbaren Ernst der Lage aufmerksam gemacht werden. Die Eisenbahner können mit ihren Bezügen nicht auskommen und haben vollen Anspruch auf die Solidarität der Gesamtarbeiterklasse, wenn sie zum äußersten getrieben werden. Wie erbitert die Währungsnot, bewirkt folgende Resolution, die in der gestrigen Mitgliederversammlung des Berliner freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbandes angenommen wurde und zwar gegen nur 3 Stimmen. Er lautet:

Die am 11. Dezember 1922 tagende Mitglieder-Versammlung des GEB, Zweigstelle Berlin I, nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem tragischen Ergebnis der ab-

geschlossenen Lohnverhandlung. Die uns bewilligte und vom Vorstand angenommene Lohnerhöhung entspricht nicht im entferntesten der gegenwärtigen Lage.

Die Veranlassung fordert vom Vorstand des GEB die sofortige Aufnahme der Verhandlungen und die Stellungnahme des GEB.

Bei absehendem Verhalten der Regierung bezw. des Reichsfinanzministeriums hat der Betriebsrat des GEB sofort zusammenzutreten und die Abwehraktion gegen den Hunger und die Verelendung der Eisenbahner einzuleiten.

Die Regierung Cuno ist gewarnt. Der Reichstag hat es in der Hand, die Forderungen der Eisenbahner zu bewilligen. Proletarier, unterstützt die Forderungen eurer Klassengenossen in den Staatsbetrieben!

Der Ludwigshafener Kampf geht ungeschwächt weiter.

Wie uns aus Ludwigshafen gemeldet wird, wird der Streik geschlossen in verschärfter Form weitergeführt. Die Kampftenden denken nicht daran, ihre Forderungen einzuschränken, oder sich bei den Verhandlungen auszuhalten zu lassen.

Die Anklagen bestehen auf Massenmaßnahmen, wie folgende bürgerliche Meldung über die Verhandlungen, die die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern ohne Auftrag und gegen den Willen der Streikenden führen, beweist:

Die Verhandlungen im Streik bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die mit dem Gewerkschaften unter Ausnutzung der kommunistischen Streikleitung geführt werden, haben noch zu keinem Abschluß geführt. Die Hauptforderung besteht in der Wiedereinstellung der Gesamtzahl der Beschäftigten der Betriebe. Während sich die Gewerkschaften für die möglichst vollständige Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter einsetzen, glaubt die Betriebsleitung, sich Vorbehalte reservieren zu müssen, um ähnliche, nicht nur die Betriebe, sondern auch die Arbeiter und Volkswirtschaft auf das schwerste schädigende Vorgänge zu unterbinden. Die gestrigen Verhandlungen haben eine Annäherung gebracht, doch ist eine vollständige Einigung noch nicht erreicht.

Nach dieser Meldung besteht die Gefahr, daß sich Gewerkschaftsführer und Unternehmer auf eine gemeinsame Aufforderung zur Arbeitswiederaufnahme einigen werden unter Preisgabe der Interessen der Arbeiter. Die Ludwigshafener Arbeiter werden auch diesen Manöver zu begegnen müssen. Ohne Verhandlungen mit der Streikleitung und Erfüllung der Forderungen, und ohne Befragung der Arbeiterklasse durch Abstimmung wird die Arbeit nicht aufgenommen werden.

Der Kampf der Ludwigshafener ist Dein Kampf!

100 000 auf 200 000 Mark erhöht wurde, sprach für die Sozialdemokratie der Abg. Bernheim. Er beantragt, daß Wertpapiere mit Dreiviertel des Kurses vom 3. Dezember 1922 angerechnet werden sollen.

Genosse Hillebrand sprach über die Zwangsanleihe, welche die Regierung bei der Bekämpfung des Inflationen durch die Ausgabe von Wertpapieren um des Scheines willen höher bemessen, alle anderen Werte läßt man unberührt. Von dieser Regierung haben wir nicht für die Arbeiter Annehmliches zu erwarten. Das Proletariat muß Schluss machen mit dieser Betrugspolitik des Kapitalismus einer kleinen Parastenklasse. Schärfster Klassenkampf ist unsere Lösung!

Die Vorlage wird nach Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschussfassung von den Regierungsparteien angenommen.

Nach Debatten über den Nachtragsetat zum Reichsernährungsministerium beginnt in später Abendstunde die Beratung des Nachtragsetat zum Reichsernährungsministerium. Ein deutschnationaler Antrag verlangt schleunigste Aufhebung der Getreibeumlage und tritt für hohe Preise landwirtschaftlicher Produkte ein.

Bei Abgang dieses Berichtes spricht der Abg. Heim (Bayerische Volkspartei) für Produktionssteigerung. Nach ihm kommt der Sozialdemokrat Abg. Schmidt-Södenid, hernach der Ernährungsminister Dr. Cuhse zu Wort. Von unserer Seite spricht Gen. Barz über die Volksernährung und den Lebensmittelwucher.

Ein sozialdemokratischer Polizeipräsident als Mitglied des „Stahlhelm“

Die Zusammenhänge der Sozialdemokratie mit der Orgel und ähnlichen gegenrevolutionären Geheben sind schon oft zu Tage getreten. Jetzt wird durch einen Artikel der Magdeburger Zeitung in ihrer Nr. 620 vom 8. Dezember bekannt, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident Krüger sogar ehemaliges Mitglied des „Stahlhelm“ ist. Es empfiehlt sich für die SPD-Arbeiter, nachzuforschen, welche ihrer führenden Genossen sonst noch Mitglieder des Stahlhelms und anderer der Organisation C verwandter Organisationen sind.

Die weiße Schmach

Auf Grund des berüchtigten Paragraphen 218 wurden vor dem Münchener Landgericht am 4. Dezember 16 Frauen wegen Abtreibung zu 48 Monaten Gefängnis verurteilt. Bereits einige Tage zuvor erhielten 14 Frauen vor dem Richter ungefähr dieselbe Strafe. Diese Verurteilung von Frauen, die oft aus Not keine Kinder gebären und ernähren können, ist eine Kulturschande. Die bürgerliche Presse verschweigt heute Urteile und behauptet dann immer als Argument gegen die Abschaffung des Paragraphen 218, daß er nur selten in Anwendung komme. Ein Bild in die Verhandlungszimmer der Gerichte zerstört diese Lüge.

Merkmal des kapitalistischen Verfalles

Das Beiseitstellen der technischen Errungenschaften durch das kapitalistische Wirtschaftssystem zeigt sich sehr deutlich auch auf dem Lande, wo man heute wieder dazu über geht, das Sägezeilen sowie Spinnrad nicht aus zeitvertreibender Müll, sondern der Not der Wirtschaft, bezüglich willkürlicher Preistreiber, hervor zu holen, um wieder von selbst zu versuchen, die teilweise Selbstproduktion für den Familienbedarf, genau wie im Mittelalter, zu sichern. Trotzdem die Mittel der Technik und der Wissenschaft vorhanden sind, zeigt es sich hier ganz klar und deutlich, daß in einem kapitalistischen Staate diese Kulturrengenschaften eher beiseite gestellt werden, ehe man der Volksgemeinschaft, die Vorteile von letzterem Rangedeuten läßt. Welche Lehre ist daraus zu ziehen? Wir müssen darauf hinwirken, daß an Stelle des kapitalistischen Staatswesens ein kommunistisches Staatswesen eingeführt

wird, damit wie in Rußland, die Produktionskontrolle alle technischen Errungenschaften heranzieht, und nicht, wie in Deutschland, wo letztere vernichtet werden, weil selbige nicht im Interesse der Kapitalisten stehen. Die Gemeinde, wo das Breiten und Spinnrad gesehen wurde, ist Rogusava, Kr. Wilitsch.

Der russische Friedensvorschlag in dem Haag.

Haag, 13. Dezember.

Gen. Rothstein, der dritte russische Genosse, der zum Kongress zugelassen ist, sagt: Auf der Tagesordnung steht die Frage: „Was haben die Regierungen und Parteien für den Frieden getan?“ Es ist bekannt, daß die kapitalistischen Regierungen meist dem Völkerverbund nichts für den Frieden leisten. Dagegen hat Sowjetrußland seine Heereskräfte auf ein Sechstel herabgesetzt. Rußland hat in Genewa die Abrüstung vorgeschlagen, aber die kapitalistischen Regierungen wollten davon nichts wissen. Die Meinung, daß man den Völkerverbund reformieren kann, ist eine Utopie. Die Resolutionen, die man diesem Kongress vorgelegt hat, sind völlig unzulänglich. Aber es handelt sich nicht darum, die Resolutionen im Text zu verbessern, sondern sie auszuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die russische Delegation einen Antrag ausgearbeitet, der aus 14 Punkten besteht. Gen. Rothstein verlas darauf diesen Antrag. Rothstein, der englisch gesprochen hatte, fand am Ende seiner Ausführungen den lebhaften Beifall eines Teiles der englischen Delegation.

Die 14 Punkte fordern:

1. Bildung eines internationalen Komitees zur Bekämpfung der Kriegesgefahr aus den drei politischen und zwei gewerkschaftlichen Internationalen.
2. Bildung entsprechender Aktionskomitees.
3. Heranziehung auch der übrigen Arbeiterorganisationen, die außerhalb der erwähnten Internationalen stehen.
4. Maßregeln gegen weitere Gewerkschaftspaltung.
5. Kampagne gegen den Gedanken der Vaterlandsverteidigung.
6. Keine Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie.
7. Gegen die Illusionen der bürgerlichen Pazifisten.
8. Legale und illegale Propaganda in den Armeen gegen den Krieg.
9. Gegen den Versailler Friedensvertrag.
10. Gegen die Geheimdiplomatie.
11. Mobilisierung auch der kolonialen Völker zur Kriegsbekämpfung.
12. Für Räumung des besetzten Deutschland und der sogenannten Mandatsgebiete.
13. Für Schaffung von Arbeiterregierungen.
14. Für eine internationale Propagandawoche gegen den Krieg mit 24stündigem Protest-Generalfreitag.

Im Anschluß daran muß der Präsident zugeben, daß die skandalöse Resolution zum Referat Hendersons nicht von Henderson selbst, sondern von dem Büro des Kongresses verfaßt ist.

Auf der Nachmittagsstunde hielt Welz (Deutschland) eine Rede, in der er u. a. ausführte, das deutsche Volk habe es sich bei dem Waffenstillstand auf Grund der Wilsonschen 14 Punkte nicht träumen lassen (!), daß die Friedensbedingungen so ungerecht sein würden. Die deutschen Feinde der deutschen Demokratie seien nicht innerhalb Deutschlands (!) zu suchen; es seien vielmehr Heber wie Poincare.

Amerikanische Reparationsgerichte

Die bürgerliche Presse meldet aus Washington:

Es ist nunmehr klar, daß Amerika in die Frage des Reparationsproblems selbst eingreifen will. Präsident Harding glaubt, daß eine Konferenz ähnlich wie die in Washington eine Einigung herbeiführen könnte. Amerika ist bereit, an einer solchen Konferenz der interalliierten Staaten teilzunehmen.

Aus London wird gemeldet:

Wie der Washingtoner Korrespondent der „New York World“ berichtet, glaubt man allgemein, obwohl die amtliche Bestätigung noch aussteht, daß Morgans Besuch bei

Jughes am letzten Mittwoch die Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe an Deutschland unter der Voraussetzung, daß Frankreich einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage zustimmt, zum Gegenstand hatte. Der Korrespondent fügt hinzu, die Höhe der Anleihe werde in Regierungskreisen mit anderthalb Milliarden Dollar angegeben. „Newport Herald“ bestätigt diese Zahl und bemerkt, die amerikanische Regierung und amerikanische Bankiers nähmen ein direktes Interesse daran. W.B.

Aus der Jugendbewegung.

Offenes Schreiben

an die Bezirksleitungen der (schlossenen) proletarischen Jugendorganisationen und freigeberkschaftlichen Jugendstellen.

Werte Genossen!

In gleicher Weise wie die erwachsene Arbeiterschaft, ist auch die proletarische Jugend gezwungen, sich mit aller Kraft gegen die völlige Verelendung zu wehren. In den letzten Wochen sind die Preise für Lebensmittel und alle Bedarfsartikel, die der Arbeiter zum Leben braucht, ins Ungeheuerliche gestiegen. Die Löhne der Arbeiter sind dagegen im Vergleich zu dieser Preiserhöhung nur um ein ganz geringes erhöht worden.

Das Unternehmertum erhebt frecher denn je zuvor sein Haupt. Massenentlassungen, Ausperrungen und Polizeihäuslein, das ist die Antwort auf die gerechten Forderungen der kämpfenden Arbeiter. Die Regierung, in der die Arbeiterkämpfer sitzen, enthält ganz offen ihr „Rettenprogramm“, an dessen erster Stelle die Befestigung des Achtstundentages steht.

Unter diesen Umständen hat das Jugendproletariat am schwersten zu leiden. Das, was man bei den erwachsenen Arbeitern noch durchdrücken versucht, hat man bei arbeitenden Jugend bereits ausgezogen. Reiche Fabrikbesitzer und die kleinen Handwerksmeister versuchen, durch rücksichtslose Ausbeutung, besonders der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, ihre Gewinne zu steigern. Daß sie dabei auf tatkräftige Unterstützung von Seiten der „demokratischen“ Behörden rechnen können, beweist folgendes parlamentarische Beispiel:

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages faßte den Beschluß, die Arbeitszeit der Jugendlichen auf 9 Stunden zu verlängern. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen haben demselben den Achtstundentag nicht mehr. Davon zeugt die Verlegung der Fortbildungsschule außerhalb der Arbeitszeit. Dasselbe geschieht mit den sogenannten Aufräumungsarbeiten. Meist dadurch werden die Jugendlichen gezwungen, 9-10 Stunden am Tage zu arbeiten. Dasselbe Bild zeigt uns die Ferienfrage. Während bei den erwachsenen Arbeitern die Ferienfrage in einigermaßen geregelter Bahnen gebracht worden ist, haben die Jugendlichen in verschiedenen Berufszweigen überhaupt keine Ferien. Die Entlohnung der Jugendlichen ist verhältnismäßig gering, die Jugendlichen bereits als Lohnrücker gegenüber den erwachsenen Arbeitern wirken.

Genossen! Diese kurze Schilderung, von dem ungeheuren Elend der arbeitenden Bevölkerung, und insbesondere der arbeitenden Jugend, zeigt uns, die zwingende Notwendigkeit, daß die proletarischen Jugendorganisationen sich mehr als bisher um das Wohl und Wehe der proletarischen Jugend kümmern. Leider ist bis zur Stunde sehr wenig gegen das immer größer werdende Elend getan worden. Das Ergebnis aus den bisherigen Kämpfen der Gewerkschaften, Verbesserungen der wirtschaftlichen Notlage der arbeitenden Jugend zu erringen, ist ein absolutes Nichts. Überall nehmen die Massen Stellung gegen diese unerschwingbare Last der Gewerkschaften und streben zur Selbsthilfe. Der aus dieser elementaren Bewegung entstandene Reichsbetriebsrätekongress hat sich eingehend auch mit der Jugendfrage beschäftigt und klar den Weg aus dem Elend aufgezeigt.

Genossen! Der Ernst der Stunde erfordert rasches Handeln. Es gilt jetzt, allüberall Vorbereitungen zur Durchführung der aufgestellten Forderungen zu treffen. In fast allen Landesbezirken des Reiches bekunden die Jugendlichen, ganz gleich, welcher proletarischen Jugendorganisation sie angehören, einmütig ihren Willen zum Kampf für die aufgestellten Ziele. Auch hier in Schlesien beginnt sich die Jugend zu regen. Alles muß angewandt werden, um diese Anfänge zu einer

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki

„Das kann ich nicht begreifen“, sagte Ija absehnend. „Ich kann nicht begreifen, wie ein Mensch leben mag, ohne irgendwas vom Leben zu wollen.“ „Ich bin eben anders, als die andern“, versetzte Persifcha mit philosophischer Ruhe. „Ich denke so: immer halt nur still — das Schicksal gibt doch, was es will. Und wenn ein Mensch ganz hohl und ohne Boden ist, daß das Schicksal nichts hineinlegen kann — was kann das Schicksal dann dafür? Sinnlos allerdings — da hab' ich auch was gewollt ... zu Lebzeiten meiner Verstorbenen war's noch ... Auf Großvater Jeremejs Schatz hatt' ich's damals abgesehen, hätte da gern nen Grifi hineingetan ... Bestehl' ich ihn nicht — bestiehlt ihn ein anderer, dacht' ich ... na, und Gott sei Dank, wirklich sind mir ein paar andere zuvorgekommen! ... Ich bellag' mich darum nicht ... Aber damals hab' ich begriffen, daß man auch das Wollen verstehen muß ...“

Der Schuster lachte, kletterte vom Ofen herunter und sagte:

„Na, gib jetzt mal den Fünfer her ... Die Leber brennt mich so ... Ich halt's nicht länger aus ...“

„Da, trink' ein Gläschen!“ sagte Ija. Und dann sah er lächelnd auf Persifcha und fragte: „Weißt du was?“

„Na — was denn?“

„Du bist ein Scharlatan, und ein Zauberer, und ein unglücklicher Schnapsbruder ... alles das stimmt ...“

„Gewiß stimmt's!“ bestätigte der Schuster, der mit dem Fünflapfenstück in der Hand vor Ija stand.

„Und das nächste Mal scheint's mir wieder“, fuhr Ija ernst und nachdenklich fort, „daß ich keinen besseren Menschen kenne als dich — bei Gott!“

Persifcha lächelte ungläubig und sah dann auf Luncwos ernstes, dabei doch freundlich Gesicht.

„Besteht wohl zu scherzen, Ija Jufowlewitsch?“ sagte er.

„Glaub's oder nicht — es ist so. Ich sag's nicht, um dich zu loben ... sondern nur so, für mich ... Es ist mein Urteil ...“

„Sonderbar! ... Es scheint, daß mein Schicksal zu demnächst ist, um so keinen Jucker damit zu klopfen ... hab' dich wirklich nicht verstanden! Aber laß mich erst mal nen Schluck nehmen ... vielleicht werde ich dann klüger ...“

„Nicht so rasch!“ sprach Luncwo, ihn am Hemdsärmel zurückhaltend. „Ich wollte dich noch eins fragen: Fürchtest du Gott?“

Persifcha trat gemächlich von einem Fuß auf den andern und sagte dann in einem Tone, der fast beleidigt klang:

„Ich hab' doch keinen Grund, Gott zu fürchten! ... Ich füge den Menschen kein Leid zu ... hab' ihnen nie eins zugefügt ...“

„Und wie ist's — bereist du?“ fragte Ija leise.

„Na ... ich bete, nämlich ... nicht oft ...“

Ija sah, daß der Schuster keine Lust hatte zu reden, daß er mit aller Gewalt nach der Schenke wollte.

„Da hast du, Persifcha — noch einen Zehner!“

„Das laß ich mir gefallen! Das nenn' ich ne Unterhaltung!“ rief Persifcha und strahlte förmlich vor Freude.

„Aber sag' mir, wie du bereist!“ drängte ihn Luncwo von neuem.

„Ich? Sehr einfach! Gebete kenn' ich nicht ... Die Jungfräuliche Mutter Gottes' hab' ich mal gekannt, hab' sie aber längst vergessen ... Und den Herrn Jesus' ... den kam ich auswendig, bis zu Ende. Bileicht werd' ich mal auf meine alten Tage davon Gebrauch machen. Sonst bei' ich so auf meine Weise ... Herr, erbarme dich! sag' ich ...“

Persifcha schaute nach der Dede, nickte überzeugt mit dem Kopfe und fuhr dann fort:

„Er da oben wird's schon verstehen ... Kann ich jetzt gehn? Ich hab' einen schrecklichen Durst!“

„Geh, geh!“ sagte Ija, indem er Persifcha nachdenklich ansah.

„Aber merk' dir's: wenn der Tag kommt, da du sterben wirst, wird der Herr dich fragen: Wie hast du gelebt, o Mensch?“

„Dann sprich' ich: O Herr! Wie ich geboren wurde, war ich klein, und wie ich starb, war ich betrunken — ich kann also nichts wissen ... Da wird er lachen und mir vergeben.“

Der Schuster lächelte zufrieden und ging fort.

Luncwo blieb allein in dem Keller. Es ward ihm so sonderbar zumute, als er sich vorstellte, daß in dieser engen, schmalen Höhle niemals mehr Nachhäs zarte Gestalt erschienen würde, und daß man auch Persifcha bald hinausjagen würde.

Durchs Fenster schaute die Aprilsonne herein und beschien den lange nicht mehr besetzten Fußboden des Zimmers. Alles war so unordentlich, so häßlich und traurig darin — als hätte man eben einen Toten hinausgetragen ...

Ija sah gerade aufgerichtet auf dem Stuhle, betrachtete den mächtigen, an den Seiten abgeriebenen Ofen, und finstere Gedanken gingen ihm, einer nach dem andern, durch den Kopf.

„Soll ich vielleicht doch hingehen und ... meine Sünde bekennen?“ blühte es plötzlich hell in ihm auf.

Aber er wies diesen Gedanken sogleich unwillig zurück ...

Am Abend desselben Tages war Ija gezwungen, das Haus des Petruschka Jufanow zu verlassen. Es geschah dies in folgender Weise: Als er aus der Stadt zurückkehrte,

empfang ihn im Hofe der Onkel mit ganz verzagtem Gesicht, führte ihn in den Winkel hinter einen Holzstoß und sagte dort:

„Nun, Ijuwtscha, jetzt mußt du fort von hier ... Was es hier bei uns heut' gegeben hat! Schrecklich, sage ich dir!“

Der Bucklige schloß in seiner Angst die Augen, suchte mit den Armen und Schlug sich auf die Hüften.

„Jachcha hat sich betrunken und seinem Vater ins Gesicht gesagt: Du Dieb! ... Und noch andere böse Worte: schamloser Küstling, herzloser Misset ... Na, einfach wie wahrhaftig hat er geschrien! ... Und Petruscha schlug ihn in die Zähne, riß ihn bei den Haaren, traß ihn mit den Füßen und so weiter ... ganz blutig schlug er ihn! Jetzt liegt Jachcha in der Stube und stöhnt und heult in einem fort ... Und dann fing Petruscha mit mir an: Du bist schuld, brüllte er. Bring' mir den Ija weg! ... Du habest nämlich, meint er, den Jachcha gegen ihn aufgehetzt ... Ganz fürchterlich schrie er ... Zum Schrecken war's ...“

Ija nahm den Riemen von seiner Schulter, reichte seinen Kasten dem Onkel hin und sagte:

„Halt mal ...“

„Wart doch! Wohin denn? ... Er wird dich ja ...“

Die Hände zitterten Ija vor Wut über Petruscha und aus Mitleid für Jafow.

„Halt' mir den Kasten, sag' ich ...“ sprach er ungeduldig zu Luncwo und ging in die Schenke hinein. Er biß die Zähne so fest aufeinander, daß ihm die Kiefer wehtaten und ihm ein Säulen durch den Kopf ging. Mitten durch dieses Säulen hörte er, wie der Onkel ihn irgend etwas von der Polizei, von Sich-zu-grunde-richten, vom Gefängnis nachrief, doch ließ er sich nicht aufhalten.

In der Schenke stand Petruscha hinter dem Büfett und unterhielt sich lächelnd mit einem zerlumpten Menschen. Auf seinen lahmen Kopf fiel das Licht der Lampe, und es schien, als ob kein ganzer, zufriedener Schädel mitleidete.

„Ach, Herr Kaufmann!“ rief er spöttisch bei Ijas Anblick und zog böse die Brauen empor. „Du kommst mir gerade zurecht ...“

Er stand vor der Tür zu seinem Zimmer, die er mit seiner Gestalt verdeckte. Ija ging dicht an ihn heran, barch und trozig, und sagte laut:

„Tritt zur Seite!“

„Was-ast?“ fragte Petruscha gedehnt.

„Daß mich durch ... ich will zu Jafow!“

„Ich will dir den Jafow antreiben!“

Da aber, ehe man sich's verah, holte Ija mit aller Kraft aus und schlug Petruscha auf die Dede. Der Büfettler brüllte laut auf und stürzte zu Boden. Aus allen Winkeln eilten die Kellnerburshen herbei, und irgend jemand schrie:

„Haltet ihn! Haltet ihn!“

(Fortf. folgt.)

gemaltigen Bewegung auszubauen, wie es bereits in Sachsen, Thüringen, an der Westfront und an anderen Orten geschehen ist.

Wir schlagen auch deshalb vor einen Finanzausschuss der jugendlichen Arbeiter zu bilden, der alle nächsten Schritte zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Jugend unternehmen soll. Er muß zu allem, fast täglich ausbrechenden, Lohnkämpfen Stellung nehmen, die Forderungen der Jugendlichen formulieren und ihre Durchführung durch die Gewerkschaften verlangen und sie selbst mit allen Mitteln zu unterstützen. So gibt es noch eine Reihe anderer Fragen, die durch diesen Ausschuss ihrer Lösung schnellstens zugeführt werden müssen.

Zur Bildung dieses Ausschusses werden wir eine Vollversammlung sämtlicher Jugendbetriebsobstele einberufen, in welcher die Vertreter der proletarischen Jugendorganisationen und Jugendpartei anwesend sein müssen. Als Versammlungstermin empfehlen wir Dienstag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr, Schule Mühlentorhof 3-5 (an der Dorotheenstraße).

Genossen, Kollegen!
Erfolgt die Notwendigkeit der Einheitsfront gegen das gesamte Ausbeutertum. Der Kampf der erwachsenen Arbeiter ist unter Kampf.
Ihr Sieg ist unser Sieg!
Mit proletarischem Jugendmut!
Der vorbereitende Ausschuss der jugendlichen Betriebsobstele.
3. A. K. London.

Das Antwortschreiben der Kommunistischen Jugend werden wir morgen veröffentlichen. Die Redaktion.

Schlesische Rundschau.

Ausschneiden! Ausschneiden! Die Postgebühren vom 15. Dezember ab.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. Dezember an im Post- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Für Postkarten im Ortsverkehr 5 M., im Fernverkehr 15 M.; Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 M., über 20 bis 100 Gramm 15 M., über 100 bis 250 Gramm 25 M.; für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 25 M., über 20 bis 100 Gramm 35 M., über 100 bis 250 Gramm 45 M. (Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Höchstbetrages, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf. nachgehoben.)
Für Druckarbeiten bis 25 Gramm 5 M., über 25 bis 50 Gramm 10 M., über 50 bis 100 Gramm 15 M., über 100 bis 250 Gramm 25 M., über 250 bis 500 Gramm 35 M., über 500 Gramm bis 1 Kilo 45 M., über 1 bis 2 Kilo (nur für einzeln verpackt ungeteilte Druckbände zulässig) 90 M. Für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 5 M. (Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten, oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr); für Geschäftspapiere und Wilschensungen bis 250 Gramm 25 M., über 250 bis 500 Gramm 35 M., über 500 Gramm bis 1 Kilo 45 M. Für Warenproben bis 250 Gramm 25 M., über 250 bis 500 Gramm 35 M. (Nicht freigemachte Druckarbeiten, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Doppelte des Höchstbetrages, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf. nachgehoben.) Für Pakete bis 1 Kilo 50 M.

Die Pakete in Klammern bedeuten die Fern- 125 (250) M., über 5 Kilo 150 (300) M., über 10 Kilo 200 (400) M., über 15 Kilo 250 (500) M., über 20 Kilo 310 (620) M., über 25 Kilo 370 (740) M., über 30 Kilo 430 (860) M., über 35 Kilo 490 (980) M., über 40 Kilo 550 (1100) M., über 45 Kilo 610 (1220) M., über 50 Kilo 670 (1340) M., über 55 Kilo 730 (1460) M., über 60 Kilo 790 (1580) M., über 65 Kilo 850 (1700) M., Zeitungspapier bis 5 Kilo 60 (120) M. — Für Fernsendungen (Verbriefe und Fernpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingehende Sendung und die Beförderungsgewähr, die beträgt für je 1000 M. 20 M.; für Fernsendungen bis 100 M. 12 M., über 100—200 M. 20 M., über 200—500 M. 30 M., über 500—1000 M. 40 M., über 1000—2000 M. 50 M., über 2000—5000 M. 60 M., über 5000—20000 M. 80 M. (Wehrbeitrag ist von 10000 M. auf 20000 M. erhöht.)

Die Einschreibgebühr ist auf 20 M., die Vorzeigegeld für Nachnahme und Postaufträge auf 12 M. festgesetzt. Für die Eilbeförderung sind bei Vorauszahlung zu entrichten: für eine Briefsendung 30 M. (Ortsbezirk), 90 M. (Landbezirk), für ein Paket 60 M. bzw. 120 M.

Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme: Grundgebühr 40 M. und außerdem für jedes Wort 20 M., für Ortstelegramme: Grundgebühr 10 M. und außerdem für jedes Wort 10 M.

Die Zustellgebühren für Briefsendungen, Bestellungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Sauggebiet (jedoch Rücksendungen nicht zugelassen), sowie nach dem Gebiet der freien Stadt Danzig und dem Wehrgebiet. Die Zustellgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Umrahmung und Ockerreich (Rücksendungen nach beiden Ländern nicht zugelassen).

Die Auslandsgeldern
betragen vom 15. Dezember ab: für Postkarten 30 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 40 M.; für Briefe bis 20 Gramm 50 M., jede weiteren 20 Gramm 40 M., (Mittelschicht 2 Kilo), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 60 M., jede weiteren 20 Gramm 40 M., für Druckarbeiten bis je 50 Gramm 15 M., für Geschäftspapiere bis je 50 Gramm 15 M., mindestens 30 M., für Warenproben bis je 50 Gramm 15 M., mindestens 30 M., (Einschreibgebühr für Briefsendungen 100 M., Einschreibgebühr 20 M., Einschreibgebühr 30 M.; Vorauszahlung für Nachnahme auf Briefsendungen (von Abende) zu entrichten: 15 M.; Einschreibgebühr für Briefsendungen bis je 50 Gramm 30 M., (Einschreibgebühr von 20 M.), mindestens 100 M.; Vorauszahlung für Bestellungen und Fernsendungen bis je 30000 M. 50 M.; Postanweisungsbetrag bis 5000 M. 50 M., über 5000 bis 10000 M. 100 M., jede weiteren 10000 M. 30 M., jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Schutzgebieten im Ausland für jede weiteren 10000 M. 100 M.; Sendungsbetrag für Briefsendungen 30 M.; Beförderungsbetrag (unverändert); Nachnahmegebühr für Pakete 50 M. für je 5000 M. des Nachnahmebetrages.

Stilllegung der Betriebswertpapiere Breslauer.

1863 Eisenbahnen
Sonntags mittig 12 Uhr legten die Betriebswertpapiere sämtlicher Eisenbahnen die Arbeit nieder, und gegen 17 Uhr wurde die Stilllegung in größerem und kleinerem Trappe vor die Eisenbahn-Direktion an den Reichsbahn, wo sich bereits länger Zeit zick 15—18000 Eisenbahnen versammelten, um für ihre Forderungen zur Befreiung ihrer Lebenslage zu demonstrieren. Sie zickten dadurch, daß sie bereit sind, alles daran zu setzen, daß ihre Forderungen bewilligt werden. — Näheres werden wir morgen berichten.

Breslau. Lokales.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in Breslau. Der Arbeitslosennachweis im November.

Die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hielt im November an. Es kamen insgesamt 238,8 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen bei 81 Besetzung (gegen 180,5 und 76,5 im Oktober). Am schwierigsten gestaltete sich die Lage für den Handel, in dem zahlreiche Entlassungen zu verzeichnen sind, sodas dem Stellenangebot 100 im Durchschnitt 637,5 männliche und 823 weibliche Bewerbungen entsprachen, während es im Vormonat 557 bzw. 715 waren. Naturgemäß übte die Witterung auf den Arbeitsmarkt im Baugewerbe einen schlechten Einfluß aus; 395 Arbeitsuchende bewarben sich um je 100 offene Stellen. Die Maler wurden am schwersten betroffen; ihrer standen je 704 im Wettbewerb um 100 offene Stellen, bei den Maurern waren es 277, bei den Zimmerern 188. Im Bekleidungsgebiete blieb die Lage für männliche Arbeitskräfte unverändert, für weibliche wurde sie schlimmer. Die Ungelernten fanden sehr erschwert Unterkommen, insbesondere die Fabrikarbeiterinnen. Eine leichte Besserung der Verhältnisse trat für das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, sowie in der Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie ein, doch wurde keineswegs etwa der günstige Stand des Sommers, ja nicht einmal der mittlere Arbeitsmarktstand des Septembers erreicht. Von 705 Kriegsverletzten konnten 88 untergebracht werden.

Kurz und knapp schildert diese Statistik des Magistrats das Elend der Arbeitslosen. Auf 100 Arbeitsstellen fast 250 Bewerber. Das heißt, nur für 2/3 der Arbeitslosen konnte unter sonst günstigen Umständen Arbeit gefunden werden. Das ist das allgemeine Bild. In verschiedenen Berufen tritt das Elend noch weit krasser zu Tage. Am meisten leiden die Kriegssopfer. Sie, denen man den „Dank des Vaterlandes“ für ihr verspritztes Blut versprochen, werden heute dem Elend überlassen.

Und doch ist das Maß noch nicht voll! Je mehr der Winter ins Land zieht, um so mehr wird die Bau-tätigkeit eingestellt. Die Unternehmer im Handelsgewerbe gehen systematisch dazu über, die Handelsangestellten aufs Pflaster zu werfen. Das Unternehmertum ist zum Generalangriff gegen den Achtstundentag übergegangen und — hat schon Erfolge erzielt. Wenn es ihm gelingt, die Arbeitszeit zu verlängern, wird die Arbeitslosenziffer eine ungeahnte Höhe erreichen. Tausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten werden dann als Opfer des kapitalistischen Systems auf der Straße bleiben, wenn sie sich nicht rechtzeitig zum Abwehrkampf zusammenfinden.

Nationalistische Kundgebungen.

Zentrum und Sozialdemokraten Arm in Arm. Lobe spricht unter Orgelbegleitung. Der nationalistiche Rummel ist in Breslau wieder mal auf der Tagesordnung. Der Reichsverband der Rheinländer fordert zu einer Protestkundgebung auf. Hoffmann-Lindwighausen (Zentrum) und Lobe sind als Redner bestimmt. — Dieilige Sonntagmorgenspredigt durch den blaß-roten Pfaffen Lobe findet ihre Ergänzung durch einen Orgel Vortrag des Herrn Harder.

Das Proletariat von Breslau weiß, daß diese Kundgebung Handgeld ist und daß gerade das Zentrum sofort bereit ist, das Rheinland preiszugeben, wenn fürhliche oder kapitalistische Interessen auf dem Spiele stehen.

Es wird es daher dem Nationalisten Lobe überlassen, die Zentrumshandgeld und den Chauvinismus der Deutschen zu unterstützen.

Herr Lobe gehört übrigens längst zur Bourgeoisie und sollte sich nicht erdreisten, im Namen der Breslauer Arbeiter zu sprechen.

Die Gebühr für die Beförderung des Rathauses ist auf 20 Mark (bisher 3 Mark) für die Einzelperson, bei Gruppen auf 15 Mark (bisher 2 Mark) für die Person erhöht worden. Zur Schalen ihrer Jahrgang ihrer Lehrer und Zöglinge öffentlicher Erziehungsinstitutionen unter Jahrgang ihrer Vorleser oder Erzieher gemessen Gebührenfreiheit. Von der Forderung besonderer, ausführlicher Anträge wird aus Zweckmäßigkeitsgründen abgesehen.

Ueber die Beförderung von Unternehmern in die Arbeitervertretung herrschen bisher Zweifel. Diese sind nunmehr durch einen Ministerialbescheid vom 21. November d. J. dahin geklärt worden, daß Unternehmer als Mietervertreter nicht gewählt werden können, selbst aber nur dann gewählt werden können, wenn der Hausbesitzer nicht in der Wohnung wohnt.

Wahlkampf.

Wahlkampf! Postbote der Schlesischen Arbeiterzeitung! Ihr mühen darauf anzusetzen, daß die Zeitung jetzt durch den Reichsbahn-Direktion an den Reichsbahn, wo sich bereits länger Zeit zick 15—18000 Eisenbahnen versammelten, um für ihre Forderungen zur Befreiung ihrer Lebenslage zu demonstrieren. Sie zickten dadurch, daß sie bereit sind, alles daran zu setzen, daß ihre Forderungen bewilligt werden. — Näheres werden wir morgen berichten.

Ein Lehrer als Kinderambulant.

Echon einmal besuchte sich die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ mit einem hiesigen Lehrer, der den Unterricht benutzt, um einen Haß gegen die Kommunisten zu betätigen. Herr Lehrer Grotzke — um den es sich

handelt — hat diesmal ein anderes Geldstückchen fertiggebracht. Er forderte die Schüler seiner Klasse auf, daß sie ihm die von ihren Eltern nicht benötigten Kohlenarten — auf die es bekanntlich billigere Kohlen gibt — mitbringen. Als ihm die Kinder Karten für 5 Zentner Kohlen mitbrachten, ließ er am 27. 11. — bei bitterer Kälte und Schneetreiben — die Kinder während des Unterrichtes die Kohlen abholen und in seinen Keller schaffen.

Wir fragen die Stadt- und die Schulverwaltung, was sie gegen diese Kinderausbeutung zu tun gedenkt? Sind die Proletarierkinder dazu da, um ihrem Lehrer das Geld für eine Arbeitskraft zu ersparen?

Briefkasten.

Kohlen. Genosse O. B. Bericht von der Versammlung vom 3. kann nicht mehr gebracht werden, da veraltet. Früher konnten wir ihn wegen Platzmangel nicht veröffentlichen. Außerdem ist das Manuskript sehr unleserlich.

Sorgt für die Hungernden Rußlands!

Versammlungs-Kalender.

Für jed. Seite mit die. Stadtk. muß ein Betrag von 6. K. gezahlt werden.
KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50, Perlestr. 7, Postfach 8837. Adresse: Alfred Dohner, Breslau, Nikolaistr. 49/50, Postfach 8837. Postfachkonto: Breslau 5886, Alfred Dohner.
Breslau, Mittwoch, den 20. Dezember, abends 7 Uhr, Ortsleitungsführung. Sämtliche Abteilungs- und Distriktsführer nehmen daran teil.
— Distrikt 4. Am Dienstag, den 19. Dezember, findet im Parteibüro eine außerordentliche Distriktsversammlung statt. Erscheinen eines jeden Genossen (in) ist unbedingt notwendig.
Kleban, Dienstag, 19. Dezember, Arbeitsgemeinschaft aller Funktionäre. Der neu gebildete Sprecher muß vollständig anwesend sein, um positive Arbeit leisten zu können.

KJD

Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50, Postfachkonto: Breslau 6755 Max Gläser.
Waldenburg-Dittersbach. Waldenburg- und Jugendgruppen des Waldenburger Kreises. Die Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Waldenburg, veranstaltet am 25. Dezember, abends 7 Uhr, im Gasthof zur „Friedenshoffnung“, Dittersbach, eine Winterferienfeier, an der alle Parteimitglieder und Jugendgruppen teilnehmen. Programme sind bei den Mitgliedern der A. J. Waldenburg zum Briefe von 35 M. erhältlich. Genossen und Genossinnen unterstützen unsere Veranstaltung. (S. Inzerat.)

Gewerkschaften

Alle Aufwendungen in Gewerkschaftsangelegenheiten an das Sekretariat, Breslau, Nikolaistraße 49/50.
Breslau, Achtung Steinarbeiter. Montag, den 18. Dezember, abends 7,30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, eine Versammlung statt.
Verantwortlicher Redakteur: Joh. Hartzsch; Inserate Max J. Hocher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. sämtlich in Breslau.

Soeben neu erschienen:
Brot und Maschinen für Sowjet-Rußland
Ein Jahr proletarischer Hilfsarbeit von Willi Münzenberg.
Broschiert, 38 Seiten stark.
Preis 50.— Mark.
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistr. 49/50 Abteilung Buchhandlung.

Proletarier lies!
Nur durch die Vertiefung Deines Wissens kann die geistige Diktatur des Kapitals gebrochen werden.
Die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
Nikolaistraße 49/50 Breslau Abtl. Buchhandlung
hat ein reichhaltiges Lager aller einschlägigen proletarischen Literatur aufzuweisen.

Wir suchen
per 1. Januar 1923 für Geschäftsleitung und Redaktion eine äußerst zuverlässige und
tüchtig Stenotypistin
die instande ist, mindestens 200 Silben in der Minute zu schreiben. Parteigenossin bevorzugt.
Vorstellen oder schriftl. Offerte an
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. :- Breslau
Treibnitzer Straße 50.